PROTOKOLL

über die

Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Zwettl-Niederösterreich

am: M i t t w o c h, dem 9. September 1992

im Gemeinderatssitzungssaal

Beginn: 19,00 Uhr

Ende: 20,35 Uhr

Anwesende:

Bürgermeister ÖkR. Franz P r u c k n e r als Vorsitzender

Vizebürgermeister Judith H o f b a u r

Stadträte:

Franz E d e l m a i e r

Dir. Dr. Hans M i t t e r e c k e r

Johann H o f b a u e r

Johann S c h a r i t z e r

Dipl.-Ing. Ewald S c h w a r z

Gemeinderäte:

Rudolf ASSFALL

Franz MÜLLNER

Erwin ZINNER

Erwin ENGELMAYR

Franz PFEFFER

Erich BÖHM

Maria HAIDER

Anton POLLAK

Wilfried BROCKS

Hermann HÖRNDL

Franz PREISS

Norbert LINDENBAUER

Wilhelm HOFBAUER

Herbert PRINZ

Ferdinand STEINER

Josef KAMPF

Franz THALER

Dr. Johann BERGER

Ing. Roland KAPFINGER

Engelbert WAGNER

Bruno GORSKI

Entschuldigt waren:

StR. Dir. Leopold RECHBERGER

GR Rudolf STOLZ

GR Josef HÖLZL

GR BSI RegR. Ewald BIEGELBAUER

GR Rudolf TÜCHLER

GR Gerhard MAYER

GR Peter KASTNER

GR Karl HAIDER

Nicht entschuldigt waren:

GR Karl BRUCKNER

Die gemeindeordnungsmäßige Einladung sämtlicher Mitglieder des Gemeinderates ist ausgewiesen.

Der Gemeinderat zählt 37 Mitglieder, anwesend sind hievon 28. Die Sitzung ist daher ----- beschlußfähig.

Die Sitzung ist ----- öffentlich.

Erweiterung der Tagesordnung

Vor Beginn der Sitzung gibt der Bürgermeister bekannt, daß folgender schriftlicher Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung von Frau Vbgm. Judith Hofbaur vorliegt:

Luftgütemessungen in der Gerungser Straße.

Die Aufnahme dieses Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung wird

einstimmig genehmigt.

1. Genehmigung des Protokolls der letzten Gemeinderatssitzung

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 6. Juli 1992 ist in der Zeit vom 21. Juli bis 5. August 1992 zur Einsichtnahme durch die Mitglieder des Gemeinderates aufgelegt. Einwendungen hiezu sind nicht eingelangt. Das Protokoll gilt somit als

genehmigt.

2. Freiwillige Feuerwehren Rieggers und Rudmanns; Subventionsansuchen (Zl. 163-2)

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung folgender Subventionsansuchen von Freiwilligen Feuerwehren:

a) Freiwillige Feuerwehr Rieggers,

Übernahme der Materialkosten für den in Eigenregie hergestellten Zubau zum Feuerwehrhaus in der Höhe von S 64 548,24;

b) Freiwillige Feuerwehr Rudmanns,

Gewährung einer Subvention für die Sanierung des Feuerwehrhauses (Gesamtkosten laut Schätzung ca. S 250 000,--) in der Höhe von S 150 000,-- nach Vorlage von Originalrechnungen.

Einstimmig genehmigt.

3. Schulen und Kindergärten; Anschaffungen und Auftragsvergaben (Zl. 2111-0, 2115-0, 244-1)

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung folgender Anschaffungen und Auftragsvergaben für Volksschulen und Kindergärten:

a) Volksschule Friedersbach,

Modifizierung der elektrischen Heizungsanlage zwecks Einsparung von Stromkosten, Auftragsvergabe an die Fa. Ing. Ewald Mengl GmbH, Zwettl, zum Preis von S 216 798,-- inkl. USt.;

b) Volksschule Marbach am Walde,

Herstellung eines Gehsteiges und eines Geländers vor dem Volksschulgebäude, Auftragsvergabe an die Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H., Zwettl, zum Preis von S 33 978,-- inkl. Ust. und

Instandsetzungsarbeiten an Fußböden,

Auftragsvergabe an die Fa. Friedrich Haider, Kleinmeinharts, 15, zum Preis von S 35 212,30 inkl. USt. (nachträgliche Genehmigung, die Arbeiten wurden wegen Dringlichkeit bereits durchgeführt);

c) Kindergarten Jagenbach,

Neuanfertigung von Kästen und einer Arbeitsplatte für die Teeküche,

Auftragsvergabe an die Fa. Karl Schulner, Jagenbach 69, zum Preis von S 42 400,80 inkl. USt. (nachträgliche Genehmigung, die Arbeiten wurden wegen Dringlichkeit bereits durchgeführt).

Vorstehende Anschaffungen bzw. Auftragsvergaben werden

einstimmig genehmigt.

4. Kindergruppe Zwettl; Bitte um finanzielle Unterstützung (Zl. 240)

Der Verein zur Förderung der selbstorganisierten Kindergruppe Zwettl, Schulgasse 7, ersucht um finanzielle Unterstützung und Kostenübernahme von Miete und Betriebskosten in der Höhe von S 80 000,--/Jahr.

Der Stadtrat beantragt, für jedes Kind aus der Gemeinde Zwettl, welches die Kindergruppe Zwettl besucht, einen Zuschuß in der Höhe von S 200,-- pro Kind und Monat zu gewähren; für Kinder über drei Jahre, die in einem öffentlichen Kindergarten der Gemeinde hätten aufgenommen werden können, ohne daß ein anderes Kind hätte abgewiesen werden müssen, soll keine Unterstützung gewährt werden.

GR Erich Böhm meint, man soll dem Verein finanziell unter die Arme greifen, da der Kindergartenbesuch in einem öffentlichen Kindergarten, wenn beide Elternteile berufstätig sind, wegen der ungünstigen Öffnungszeiten, die der Arbeitszeit der Berufstätigen nicht angepaßt sind, kaum möglich ist. Es wird daher vorgeschlagen, dem Verein die Betriebskosten in der Höhe von S 50 000,-- zu ersetzen.

Der Bürgermeister stellt hiezu fest, daß die nun vom Stadtrat beantragte Subvention mit den Verantwortlichen des Vereines abgesprochen ist; auch das Land Niederösterreich gewährt eine Förderung von S 150,-- pro Kind und Monat und darüber hinaus wird noch eine Direktförderung an sozial Bedürftige bis zur Höhe von S 2800,-- monatlich gewährt; weiters wird der Verein auch mit Mitteln der Arbeitsmarktförderung unterstützt. Die Verantwortlichen waren schließlich mit den von der Gemeinde in Aussicht gestellten S 200,-- pro Kind und Monat einverstanden.

Über Anfrage von GR Dr. Johann Berger berichtet der Bürgermeister, daß seines Wissens heuer im öffentlichen Kindergarten 17 Kinder abgewiesen werden mußten.

Der Antrag des Stadtrates wird sodann

einstimmig beschlossen.

✓ **5. Stadtbücherei Zwettl; Ankauf eines Software-Programmes (Zl. 273)**

H. Bauer In der Stadtbücherei Zwettl wurde mit Beschluß des Gemeinderates vom 16. März 1992 der Neuankauf einer Computer-Hardware beschlossen.

Das dazu nötige Software-Programm LITTERA soll von der Fa. TYRO Computer Ges.m.b.H., 6010 Innsbruck, angekauft werden.

LITTERA ist derzeit in etwa 250 Büchereien in Österreich im Einsatz und damit das mit Abstand verbreitetste Programm im Büchereiwesen Österreichs.

Der Preis beträgt S 26 500,-- zuzügl. USt.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

✓ **6. Dorferneuerung in Oberstrahlbach, Rudmanns und Großglobnitz (Zl. 364)**

Helmut Der Stadtrat beantragt folgende Beschlußfassungen im Zusammenhang mit Dorferneuerungsprojekten:

a) Dorferneuerung Oberstrahlbach: ✓

Für das Einstiegsprojekt wurde die Abtragung der bestehenden Stiegenanlage und die Errichtung einer neuen Stiegenanlage samt Stützmauer zur Kirche vorgesehen und es wurde hiefür von der NÖ Landesregierung eine Beihilfe in der Höhe von S 300 000,-- gewährt.

Die Überweisung dieser Beihilfe, deren erster Teilbetrag von S 150 000,-- bereits im Juli überwiesen wurde, an den Dorferneuerungsverein Oberstrahlbach wird beantragt.

b) Dorferneuerung Rudmanns: ✓

Von der NÖ Landesregierung wurde für die Sanierung der Ortskapelle eine Beihilfe in der Höhe von S 200 000,-- gewährt.

Die Überweisung dieser Beihilfe, deren erster Teilbetrag von S 100 000,-- bereits im Juli erfolgte, an den Dorferneuerungsverein Rudmanns wird beantragt.

c) Dorferneuerung Großglobnitz: ✓

Die zustimmende Kenntnisnahme der von Walter-Werner Brandner erstellten Grundanalyse vom August 1992 wird beantragt.

Über Anfrage von GR Dr. Johann Berger berichtet StR. Johann Scharitzer, daß derzeit nicht gedacht ist, die im Bereich der Volksschule Oberstrahlbach befindlichen Birken umzuschneiden; dies soll erst dann erfolgen, wenn die Bäume morsch sind und es sollen in diesem Fall wieder junge Bäume nachgepflanzt werden.

Sohin wird der Antrag des Stadtrates

einstimmig beschlossen.

✓ **7. Ortskapelle Rudmanns; Übernahme von Restaurierungskosten von Holzskulpturen (Zl. 390)**

Helmut Die Stadtgemeinde Zwettl-NÖ führt zur Zeit in Zusammenarbeit mit dem Dorferneuerungsverein Rudmanns und mit freiwilliger, kostenloser Hilfe der örtlichen Bevölkerung die Sanierung der Ortskapelle in der KG Rudmanns Parz.Nr. Bfl. 49, EZ 84, durch.

Im Zuge der Sanierung wird die Restaurierung von Holzskulpturen aus der Dorfkapelle Rudmanns durchgeführt.

Für dieses Vorhaben wurde beim Bundesdenkmalamt, Landeskonservat für Niederösterreich, Hofburg, Säulengasse, 1010 Wien, um Subvention angesucht und laut Mitteilung der Sachbearbeiterin Mag. Margit Kohlert eine finanzielle Beihilfe in derzeit unbekannter Höhe für 1993 in Aussicht gestellt.

Die Restaurierungskosten belaufen sich laut telefonischer Auskunft von Mag. Ralf Wittig, Zwettl, Schulgasse 22, insgesamt auf S 65 640,-- inkl.USt. Ein schriftliches Offert wird nachgereicht.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung der Übernahme der Restaurierungskosten.

Einstimmig genehmigt.

✓ **8. Renovierungsarbeiten von Ortskapellen im Gemeindegebiet, Beitrag der Gemeinde; Grundsatzbeschluß (Zl. 390)**

H. Bauer Für Renovierungsarbeiten von Ortskapellen wurde von der Gemeinde bisher die Hälfte der Renovierungskosten, jedoch nur bis zu einem Höchstbetrag von S 30 000,--, übernommen. Nunmehr soll die Grenze dieses Höchstbetrages auf S 50 000,-- angehoben werden.

Der Stadtrat beantragt, die Gemeinde möge in Hinkunft weiterhin die Hälfte der Renovierungskosten, max. jedoch S 50 000,--, übernehmen.

Einstimmig beschlossen.

✓ 9. Kompostierung von biogenen Abfällen; Resolution (Zl. 529) ✓

Der Stadtrat beantragt die Beschlußfassung folgender Resolution, die über Anregung der Umweltberatung Niederösterreich und im Einvernehmen mit der Bezirkshauptmannschaft Zwettl erstellt wurde:

"Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ hat in seiner Sitzung am 9. September 1992 nachstehende

R E S O L U T I O N

zur Schaffung praktikabler Richtlinien für die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Kompostierung von biogenen Abfällen beschlossen:

Die Gemeinde bekennt sich zur umweltfreundlichen Entsorgung von Abfällen und einwandfreien Abwasserbeseitigung und ist bereit, alle Anstrengungen dafür zu unternehmen. Sie erwartet aber auch vom Gesetzgeber Hilfestellungen, um dem Bürger zumutbare und praktikable Lösungen anbieten zu können. Dies betrifft vor allem das Problem der landwirtschaftlichen Kompostierung von biogenen Abfällen.

Obwohl es bereits für die Kompostierung sowohl von biogenen Abfällen als auch von Klärschlamm international anerkannte Verfahren gibt, verhindern eine unklare Gesetzeslage und widersprüchliche Aussagen in der Öffentlichkeit einen Durchbruch zur sinnvollen landwirtschaftlichen Verwertung von kompostierten Abfällen und Klärschlämmen. Dies wird die Gemeinden in Zukunft vor unlösbare Probleme stellen, da Deponieraum nur sehr knapp zur Verfügung steht und die Deponierung auch äußerst kostenintensiv ist.

Der Gemeinderat ersucht daher alle Entscheidungsträger und verantwortlichen Stellen dringend, folgende Maßnahmen zu setzen, damit die biogenen Abfälle nicht deponiert werden müssen, sondern einer sinnvollen Verwertung zugeführt werden:

1. Die Kompostierung einer bestimmten Menge kompostierfähigen Materials (10 Tonnen je Hektar und Jahr, aber max. 500 Tonnen) soll keiner wasserrechtlichen Bewilligung bedürfen;
2. für übersteigende Mengen soll eine einfache praktikable Form der wasserrechtlichen Bewilligung gefunden werden:
Anhand einer oder mehrerer Standardvarianten für Düngeraufbereitungsstätten sollte im Rahmen der örtlichen Bauverhandlung ähnlich wie bei bestimmten Mineralöllagerungen auch die wasserrechtliche Bewilligung miterteilt werden können;
3. die selben Grundsätze sollen auch für die Kompostierung von Klärschlamm gelten; kompostierter Klärschlamm soll bei Vorliegen eines Unbedenklichkeitszeugnisses so wie Müllkompost ohne weitergehende gesetzliche Beschränkungen auf landwirtschaftliche Flächen aufgebracht werden dürfen."

GR Dr. Johann Berger spricht sich gegen den vorgeschlagenen Wortlaut der Resolution aus und plädiert dafür, die Resolution in der Form zu beschließen, wie sie ursprünglich von der Umweltberatung Waldviertel vorgeschlagen wurde. Dies deswegen, weil ihm die Menge kompostierfähigen Materials von 10 t je ha und Jahr ohne wasserrechtliche Bewilligung zu hoch erscheint; weiters bestehen Bedenken, daß diese Regelung auch für Klärschlamm gelten soll; der Zwettler Klärschlamm ist zwar unproblematisch, gegen eine derartige bundesweite Regelung bestehen aber wegen der Schwermetalle größte Bedenken. Auch das Erfordernis eines Unbedenklichkeitszeugnisses bietet keine Gewähr, da die Zusammensetzung des Klärschlammes nicht immer gleich ist, weil die Abwässer nicht kontinuierlich in gleicher Zusammensetzung in die Kläranlage eingebracht werden.

Der Bürgermeister hält dem entgegen, daß der Sinn der vorgeschlagenen Resolution darin liegt, praktikable Lösungen anzuregen, um die Kompostierung bis zu gewissen Mengen ohne komplizierte gesetzliche Regelungen zu ermöglichen; Großkompostieranlagen vermehren das Verkehrsaufkommen und steigern die Kosten der Müllabfuhr erheblich, es sollte daher das Bestreben sein, kompostierfähige Stoffe auf möglichst billige Art zu entsorgen. Die ursprünglich von der Umweltberatung Niederösterreich vorgeschlagene Resolution wurde bei einer Bürgermeisterkonferenz bei der BH Zwettl diskutiert und es wurde angeregt, auch die Klärschlammproblematik miteinzubeziehen. Die Resolution wurde schließlich auch mit der Fachschule Edelfhof abgestimmt, die sich schon längere Zeit mit der Kompostierung von biogenen Abfällen und Klärschlamm beschäftigt und mit der Problematik vertraut ist.

Nach einer weiteren kurzen Debatte über die Menge des aufzubringenden Materials auf landwirtschaftliche Flächen wird die vom Stadtrat beantragte Resolution schließlich mit

2 Gegenstimmen beschlossen

✓ 10. Förderung von Solaranlagen (Zl. 529)

Nachstehend angeführte Ansuchen um Gewährung einer Förderung zur Anschaffung von Solaranlagen liegen vor:

a) Ambros ARTNER, Kleinschönau 16 ✓

Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung betragen S 37 841,33; der Zuschuß beträgt daher S 5000,--.

b) Johann KASPER, Merzenstein 13 ✓

Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für zwei Wohnungen betragen S 37 584,--; der Zuschuß beträgt daher S 7516,80.

c) Franz und Margarete MADERITSCH, Jagenbach 7 ✓

Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren (Röhrenkollektoren) für eine Wohnung betragen S 82 992,--; der Zuschuß beträgt daher S 5000,--.

d) Karl MÜLLNER, Jagenbach 93 ✓

Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für zwei Wohnungen betragen S 31 249,61; der Zuschuß beträgt daher S 6249,92.

e) Hermann POPPINGER, Bösenneuzen 12 ✓

Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für zwei Wohnungen betragen S 27 511,05; der Zuschuß beträgt daher S 5502,21.

f) Franz SCHÖNHOFER, Zwettl, Goethestraße 11 ✓

Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung betragen S 25 056,--; der Zuschuß beträgt daher S 5000,--.

g) Alois und Maria TRONDL, Zwettl, Allentsteiger Straße 20 ✓

Die Anschaffungskosten der Sonnenkollektoren für eine Wohnung betragen S 31 900,64; der Zuschuß beträgt daher S 5000,--.

Die Ansuchen wurden geprüft und entsprechen den Richtlinien des Gemeinderates vom 21. Mai 1991.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

✓ 11. Erhöhung des Taschengeldes für Krankenpflegeschülerinnen und -schüler (Zl. 540-0) ✓

Der Stadtrat beantragt, entsprechend der Empfehlung der NÖ Landesregierung vom 30. Juni 1992, Zl. VII/3-6/III-3/23-92, das Taschengeld für Krankenpflegeschülerinnen und -schüler neu festzusetzen wie folgt:

2. Jahrgang S 2352,-- (bisher S 2255,--),
3. Jahrgang S 3253,-- (bisher S 3119,--), und
4. Jahrgang S 4577,-- (bisher S 4388,--).

Ferner wird eine Erhöhung der Nachtdienstvergütung auf S 130,-- (bisher S 124,--), vorgeschlagen.

Einstimmig beschlossen.

✓ 12. A.ö. Krankenhaus Zwettl; Investitionen (Zl. 550-2) ✓

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung für folgende beabsichtigte Investitionen:

a) Prüfgerät für elektr. Sicherheit samt PC-Auswerteeinheit und Matrix-Drucker

laut Anbot der Fa. E. Moritz, Bad-Vöslau, vom 26. Juni 1992 zum Gesamtpreis von S 113 182,-- exkl. USt.

Die Konfiguration der Prüfeinheit erfolgte im Zusammenhang mit dem Amt der NÖ Landesregierung, womit eine Kontinuität im Prüfungsverfahren aller medizinischen Geräte im Krankenhaus gesichert ist;

b) Infusionspumpe samt Infusionsständer

von der Fa. Habel, Wien, zum Preis von S 31 820,-- für die Kinderabteilung;

c) 4 Stück volumetrische Spritzenpumpen für eine Original-PERFUSOR-Spritze 50 ml

laut Anbot der Fa. B. Braun Austria Ges.m.b.H., Maria Enzersdorf, vom 21. Juli 1992 zum Sonderpreis von S 82 000,-- zuzügl. USt. für die Kinderabteilung;

d) 2 Stück Radiometer Pulsoximeter "OXI-3"-Kinder

laut Anbot der Fa. M.R. Drott KG, Wien, vom 12. August 1992 zum Sonderpreis von S 75 620,-- exkl. USt. für die Kinderabteilung;

e) 2 Stück Beatmungsgeräte "EVITA" samt CPAP-System

laut Anbot der Fa. Dräger Ges.m.b.H., Wien, zum Preis von S 504 442,--, wobei für die Abnahme von zwei Geräten eine Preissenkung von ca. 10 % zugesichert würde.

Die Beatmungsgeräte werden sowohl in der Kinderabteilung als auch in der Abteilung für Interne Medizin (Herzstation) benötigt, wobei zwei derartige Geräte bereits an der Erwachsenen-Intensivstation zur Zufriedenheit in Verwendung sind.

Da Prim. Dr. Zdenek Jaros auf den geplanten Ankauf eines weiteren "Babylog 8000", wofür im Voranschlag 1992 S 250 000,-- vorgesehen sind, verzichtet, wäre diese Anschaffung trotzdem noch im Voranschlagsrahmen gedeckt.

Einstimmig genehmigt.

✓ 13. Errichtung einer Aufschließungsstraße in Zwettl, Propstei (Zl. 612-1) ✓

Zwecks Errichtung einer Aufschließungsstraße auf dem Grundstück Parz.Nr. 151, EZ 103, KG Koppenzeil, wurde am 30. Juli 1992 eine Bauverhandlung durchgeführt, deren Ergebnis in der Niederschrift vom 30. Juli 1992, Zl. 131-9-143/1992, festgehalten wurde.

Der Stadtrat beantragt die Erteilung der Baubewilligung zur Errichtung der Aufschließungsstraße nach Maßgabe dieses Verhandlungsergebnisses gemäß § 6 NÖ Landesstraßengesetz.

GR Dr. Johann Berger kritisiert, daß im Bereich der neuen vier Bauplätze eine 8 m breite Straße vorgesehen wurde, welche sich aber dann in einer nur 6 m breiten Straße fortsetzt. Dies widerspricht dem Interesse einer einheitlichen Siedlungsplanung.

Der Bürgermeister und StR. Dipl.-Ing. Ewald Schwarz weisen darauf hin, daß sich das Ausmaß der abzutretenden Grundfläche nach den Bestimmungen der NÖ Bauordnung und dem Gutachten des Amtssachverständigen richtet. Der Einwand von GR Dr. Johann Berger sei insofern nicht konsequent, als er sonst immer dafür plädiert, möglichst wenig Landschaft zu verbetonieren.

Nach einer weiteren kurzen Debatte, an der sich der Bürgermeister, GR Dr. Johann Berger und StR. Dipl.-Ing. Ewald Schwarz beteiligen, wird der Antrag des Stadtrates mit

2 Gegenstimmen beschlossen

14. Straßenbauvorhaben (Zl. 612-1, 612-2, 612-6) ✓

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung folgender Straßenbauvorhaben:

a) Gerungser Straße, bauliche Maßnahmen für den Fußgängerverkehr ✓

Mit Gemeinderatsbeschuß vom 16. März 1992, TOP 36., wurde die Änderung des Gehsteiges im Bereich Gerungser Straße - Busbahnhof mit einer Baukostensumme von S 152 430,-- genehmigt.

Die Arbeiten hiefür sollten in Eigenregie, unter Anleitung und eventueller Mithilfe der Straßenverwaltung, durchgeführt werden.

Da diese Arbeiten aus zeitlichen und personellen Gründen weder vom Bauhof noch von der Straßenverwaltung durchgeführt werden konnten, wurde der Auftrag an die Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H., Zwettl, in Regie erteilt.

Die Bagger- und Laderarbeiten werden hiebei von der Fa. Riedler ausgeführt und direkt mit der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ verrechnet.

Die genehmigten Kosten wurden durch die Vergabe an Firmen überschritten und haben sich auf S 399 987,70 inkl.USt. erhöht.

Die nachträgliche Genehmigung der Mehrkosten in der Höhe von ca. S 247 000,-- wird beantragt.

b) Güterweg "Edelhof-Stift Zwettl"; Ausbau und Errichtung eines Asphaltspurweges

In der Sitzung des Gemeinderates am 21. Mai 199, TOP 28., wurde das Bauprogramm für Straßenbau- und Erhaltungsarbeiten für 1991 beschlossen, wobei für Stift Zwettl der Ausbau von 800 m vorgesehen war.

In Vollziehung dieses Beschlusses soll nun in Zusammenarbeit und mit Förderungsmitteln der Abt.B/6 des Amtes der NÖ Landesregierung der Ausbau des Güterweges "Edelhof-Stift Zwettl" in den Katastralgemeinden Stift Zwettl und Edelhof auf eine Gesamtlänge von ca. 1180 m erfolgen. Es handelt sich dabei um einen Verbindungsweg zwischen Stift Zwettl und der nach Edelhof führenden Landesstraße 8253.

Dieser Weg ist derzeit nur im ersten Teilbereich von Stift Zwettl kommend befestigt. Der weitere Ausbau ist in zwei Abschnitten vorgesehen.

Das als Abschnitt I bezeichnete Wegstück mit einer Länge von ca. 280 m soll im Jahr 1993 vollständig ausgebaut werden; die geschätzten Baukosten betragen ca. S 150 000,--.

Der Abschnitt II mit einer Länge von ca. 900 m soll noch im Jahr 1992 als Asphaltspurweg mit zwei Asphaltspuren zu je 90 cm und einem 80 cm breiten Mittelstreifen ausgebaut werden; die geschätzten Baukosten betragen ca. S 630 000,--.

Die Gesamtbaukosten betragen ca. S 780 000,--; das Land Niederösterreich gewährt hiezu eine Beihilfe in Höhe von 50 %, sodaß nach Abzug dieser Beihilfe ein Gemeindebeitrag in Höhe von ca. S 390 000,-- verbleibt.

Es wird folgende Beschlußfassung im Gemeinderat beantragt:

a) Leistung eines Gemeindebeitrages in einer voraussichtlichen Höhe von ca. S 390 000,--, wovon heuer ein Betrag von ca. S 315 000,-- zu entrichten ist. Ansonsten ist der Gemeindebeitrag nach Anforderung zu entrichten.

b) Die nach der Fertigstellung und allfälligen Endvermessung in das Weggrundstück einbezogenen Teilflächen werden in das öffentliche Gut der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ übernommen und als Verkehrsfläche dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

c) Gegen eine allfällige Verbücherung gemäß § 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz, BGBl.Nr. 3/1930 i.d.dzt.g.F., besteht kein Einwand.

c) Straßenbau- und Erhaltungsarbeiten in den Katastralgemeinden KG Koppenzeil, Jagenbach und Großglobnitz ✓

In nachstehenden Katastralgemeinden sollen straßenbauliche Maßnahmen durchgeführt werden:

KG Koppenzeil	S 300 000,--,
KG Jagenbach	" 300 000,-- und
KG Großglobnitz	" 400 000,--.

Unter straßenbaulichen Maßnahmen im Sinne dieses Antrages sind alle Arten der Wegbefestigung, Weginstandhaltung, Entwässerungsmaßnahmen der Straße, Böschungsbefestigungen, Gehsteige, Rigole u.ä. zu verstehen.

Die Vergabe der Arbeiten an die Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H., Zwettl wird beantragt.

d) Sanierung der Statzenberggasse ✓

Da sich die Statzenberggasse bereits in einem sehr schlechten Zustand befindet, ist beabsichtigt, den Straßenbelag samt Unterbau von der Bundesstraße bis zur Bezirkshauptmannschaft zu erneuern.

Für die durchzuführenden Straßenbauarbeiten erfolgte eine Ausschreibung.

Von den anbotlegenden Firmen erwies sich die Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H., Zwettl, mit der Summe von S 969 348,-- inkl. USt. als Billigstbieter.

Die Vergabe der Arbeiten an die Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H., Zwettl, wird beantragt.

e) Errichtung eines Gehsteiges linksseitig der Bundesstraße 38 vom Feuerwehrhaus bis zum bestehenden Gehsteig Kremser Straße 1 ✓

Von der Straßenverwaltung wurde ein Kostenvoranschlag betr. Errichtung eines Gehsteiges linksseitig der Bundesstraße 38 vom Feuerwehrhaus bis zum derzeit bestehenden Gehsteig beim Gasthaus Schrenk, Kremser Straße 1, mit einer Summe von S 100 000,-- vorgelegt.

Die Genehmigung der Errichtung wird beantragt.

f) Mj. Andreas und Cornelia Biberle, Zwettl, Weitraer Straße 16; Grundablöse für Gehsteigerrichtung ✓

Im Jahr 1990 wurde entlang der Weitraer Straße ein Gehsteig errichtet. Zur Realisierung dieses Projektes war die Inanspruchnahme einer Teilfläche des Grundstückes Parz.Nr. 766/3 der KG Zwettl Stadt, welches sich im Eigentum der Mj. Andreas und Cornelia Biberle befindet, erforderlich.

Die Eigentümer erklärten sich zur Abtretung der erforderlichen Grundfläche von 21 m² zu einem Preis von S 550,--/m², sohin zu einem Gesamtpreis von S 11 500,--, bereit.

Die Kosten der Vermessung und grundbücherlichen Durchführung sind von der Gemeinde zu tragen.

Die Genehmigung der Grundablöse wird beantragt.

GR Ferdinand Steiner verweist zu Pkt. a) - Gerungser Straße auf die enorme Kostensteigerung durch Vergabe an eine Firma und appelliert, in Hinkunft sorgfältiger zu planen, um solche Kostensteigerungen zu vermeiden.

Der Bürgermeister stellt hiezu fest, daß die Vergabe deswegen notwendig wurde, weil weder die Gemeinde noch die Straßenmeisterei infolge vieler anderer Arbeiten die Eigenregiearbeiten durchführen konnte, die Realisierung des geplanten Vorhabens aber allgemeiner Wunsch war. Man wird sich sicher in Zukunft bemühen, solche Situationen zu vermeiden, ganz kann man aber derartige Fälle auch für die Zukunft nicht ausschließen.

GR Dr. Johann Berger verlangt Aufklärung, um welche Wegstücke es sich unter Pkt. c) handelt und warum die Staubfreimachungen erfolgen, wie z.B. in Großglobnitz.

Der Bürgermeister stellt hiezu fest, daß es kein Problem ist, künftig die Wegstücke mit Parzellenummer in die Sachverhaltsdarstellung der Tagesordnung aufzunehmen; der Grund für die Staubfreimachungen sind die bessere Befahrbarkeit sowie die bessere Haltbarkeit von Wegstücken bei Regenfällen.

StR. Franz Edelmaier berichtet, daß es sich in Großglobnitz vor allem um den Weg Kleinotten-Hörmanns handelt.

GR Dr. Johann Berger regt zu Pkt.d) Straßenarbeiten in der Statzenberggasse an, vorher die Dichtheit des Kanals zu überprüfen, da von einem Anrainer im Zuge der Wasseruntersuchung seines Brunnens der Verdacht geäußert wurde, daß von einem undichten Kanal Fäkalkeime in den Brunnen gelangt sind.

Der Bürgermeister sagt eine diesbezügliche Überprüfung zu. Sohin wird der Antrag des Stadtrates einstimmig genehmigt.

✓ 15. Ansuchen um Sondernutzung von Straßengrund (Zl. 612-2) ✓

Die EVN Energie-Versorgung Niederösterreich AG, Bezirksleitung Zwettl, beabsichtigt die Herstellung nachstehender Gashausanschlüsse:

a) KG Zwettl Stadt, Neuer Markt 17

Zur Herstellung dieses Hausanschlusses ist die Querung der Gemeindestraße Parz.Nr. 2313/17 der KG Zwettl Stadt erforderlich. Die PE-Leitungen werden in einer Tiefe von ca. 1,30 m senkrecht zur Straßenachse verlegt. Querungslänge ca. 3 lfm.

b) KG Zwettl Stadt, Hamerlingstraße 17 (Neubau)

Zur Herstellung dieses Hausanschlusses ist die Querung der Gemeindestraße Parz.Nr. 2313/8 und des Gehsteiges Parz.Nr. 2313/17 der KG Zwettl Stadt erforderlich. Die PE-Leitungen werden in einer Tiefe von ca. 1,30 m senkrecht zur Straßenachse verlegt. Querungslänge ca. 2 lfm.

c) KG Zwettl Stadt, Wasserleitungsstraße 1

Zur Herstellung dieses Hausanschlusses ist die Querung der Gemeindestraße Parz.Nr. 2312/16 der KG Zwettl Stadt erforderlich. Die PE-Leitungen werden in einer Tiefe von ca. 1,30 m senkrecht zur Straßenachse verlegt. Querungslänge ca. 1,5 lfm.

d) KG Zwettl Stadt, Feldgasse 1

Zur Herstellung dieses Hausanschlusses ist die Querung der Gemeindestraße Parz.Nr. 2312/15 der KG Zwettl Stadt erforderlich. Die PE-Leitungen werden in einer Tiefe von ca. 1,30 m gemäß der Plan-skizze verlegt. Querungslänge ca. 1 lfm.

e) KG Oberhof, Mühlgrabengasse 23

Zur Herstellung dieses Hausanschlusses ist die Querung der Gemeindestraße Parz.Nr. 174/17 der KG Oberhof erforderlich. Die PE-Leitungen werden in einer Tiefe von ca. 1,30 m senkrecht zur Straßenachse verlegt. Querungslänge ca. 5 lfm.

f) Weiters liegt von den Ehegatten Waltraud und Werner PREISS, Oberstrahlbach, ✓
ein Ansuchen für die Einleitung von Niederschlagswässern in den bestehenden Regenwasserkanal vor.
Zur Herstellung des Anschlusses der Kanalstränge an bestehende Einlaufschächte im Straßenbereich ist die Aufgrabung der Siedlungsstraße KG Oberstrahlbach, Parz.Nr. 5305, EZ 367 der Liegenschaft Nr. 4120/3 erforderlich.
Die zwei PVC-Rohre mit je einer Länge von ca. 3,50 m und einem Durchmesser von 150 mm werden in einer Tiefe von ca. 1,50 m verlegt, wobei die Anschlüsse an die Einlaufschächte entweder unter 45 Grad erfolgen oder mittels eines PVC-Bogens unter 45 Grad eingemündet werden.

Der Stadtrat beantragt, die Ansuchen der EVN Energie-Versorgung Niederösterreich AG und der Ehegatten Waltraud und Werner PREISS, Oberstrahlbach, um Sondernutzung von Straßengrund zu bewilligen und Sondernutzungsverträge gemäß dem in der Sitzung des Gemeinderates vom 1. März 1985 genehmigten Vertragsmuster abzuschließen.

Einstimmig beschlossen.

hier ✓ 16. Wegübernahme in der KG Zwettl Stadt; Grundablöse (Zl. 612-1) ✓

Außerhalb des Stadtgebietes verläuft zwischen der Landeshauptstraße 71 und dem Gemeindegeweg Parz.Nr. 2323 der KG Zwettl Stadt ein Servitutsweg über Privatgrund.

Die Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H., Zwettl, beabsichtigt, auf den Grundstücken Parz.Nr. 39, 40 und 52 der KG Zwettl Stadt eine Materialgewinnungsstätte und Bauschuttdeponie zu errichten. In diesem Zusammenhang ersucht die Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H. um Übernahme des ca. 380 m langen Servitutsweges in das öffentliche Gut der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ.

Die Eigentümer der Grundstücke Nr. 519, 512, 510, 503, 502, 491, 490, 478, 477, 465, 464, 456, 453, 454, 445/1, 445/2 und 444 der KG Zwettl Stadt haben sich bereiterklärt, den zur Übernahme und zu einer Verbreiterung des Weges auf 4 m erforderlichen Grund zum Preis von S 20,--/m² abzutreten. Der Grundbedarf beträgt ca. 1700 m²; die Grundablösesumme somit ca. S 34 000,--. Das tatsächliche Flächenausmaß wird durch Vermessung festgestellt.

Der Stadtrat beantragt, der Gemeinderat möge mit dem Vorbehalt, daß das Projekt "Materialgewinnungsstätte und Bauschuttdeponie" der Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H. auch tatsächlich zur Realisierung gelangt, folgenden Beschluß fassen:

- a) Übernahme des Servitutsweges in das öffentliche Gut der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ und Widmung als Verkehrsfläche nach erfolgter Verbreiterung und geringfügiger Umlegung, sofern die Kosten für die Vermessung und grundbücherlichen Durchführung von der Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H. getragen werden;
- b) Genehmigung der Grundablösen mit voraussichtlichen Kosten von ca. S 34 000,--;
- c) gegen eine Verbücherung nach den Bestimmungen des § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz, BGBl.Nr. 3/1930 i.d.dzt.g.F., besteht kein Einwand.

GR Erich Böhm erklärt namens der SPÖ-Fraktion, dem Antrag nicht zustimmen zu können, da eine Belästigung der Anrainer zu befürchten ist und Probleme mit den Bewohnern der Höhenstraße zu erwarten sind.

Der Bürgermeister verweist darauf, daß die Bauschuttdeponie bereits gewerbebehördlich genehmigt ist und auch die Anrainer bei diesem Verfahren beigezogen wurden.

StR. Dr. Hans Mitterecker berichtet hierzu, daß es vor ca. einem Jahr in der Höhenstraße eine Unterschriftenliste gegen das Projekt gegeben hat, wobei sich die Anrainer dagegen aussprachen, daß der Verkehr zur Bauschuttdeponie durch die Höhenstraße führt. Als die Zufahrt dann außerhalb des Ortsgebietes geplant wurde, haben die Anrainer das Vorhaben in weiterer Folge ohne Widerstand zur Kenntnis genommen.

Über Befragen von GR Dr. Johann Berger hinsichtlich der Kosten der Wegerrichtung und -erhaltung und diesbezüglicher Verträge mit der Fa. Swietelsky Baugesellschaft m.b.H. erklärt der Bürgermeister, daß derzeit noch keine Verträge existieren, aber der Gemeinde außer den Kosten der Grundablöse und der Übernahme des Weges in das öffentliche Gut keine Kosten entstehen sollen.

Nach weiterer kurzer Debatte über die geplante Bauschuttdeponie, bei der der Bürgermeister auf die Notwendigkeit verweist, auch für Bauschutt eine geordnete Ablagerungsmöglichkeit zu schaffen, wird der Antrag des Stadtrates mit

4 Gegenstimmen beschlossen.

✓ 17. Verlegung des öffentlichen Gutes Grundstück Nr. 91/1 in der KG Koppenzeil (Zl. 612-1) ✓

Ref
Die Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft "Kamptal" ersuchte um Verlegung des öffentlichen Gutes (Weg) Grundstück Nr. 91/1 der KG Koppenzeil gemäß Vermessungsurkunde des Dipl.-Ing. Ewald Schwarz, Zwettl, vom 6. August 1992, GZ: 6616/92.

Der Stadtrat beantragt, diesem Ersuchen zu entsprechen und folgenden Beschluß zu fassen:

- a) Genehmigung eines wertgleichen Tausches durch Übernahme der in der Vermessungsurkunde als Trennstück 3 bezeichneten Teilfläche in das Eigentum der Gemeinde gegen Überlassung der als Trennstück 1 bezeichneten Teilfläche an die Wohnbaugesellschaft "Kamptal";
- b) Übernahme des Trennstückes 3 in das öffentliche Gut und Widmung als Gemeindestraße;
- c) gegen eine Verbücherung nach den Bestimmungen des § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz, BGBl.Nr. 3/1930 i.d.dzt.g.F., besteht kein Einwand;
- d) alle mit der Verlegung des öffentlichen Gutes und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben welcher Art auch immer, einschließlich der Vermessungskosten und der Umlegungskosten für die öffentliche Wasserleitung, hat die Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft "Kamptal" zu tragen.

Einstimmig beschlossen.

✓ 18. Künstliche Besamung in der KG Merzenstein (Zl. 742-4) ✓

Middrauh
Der Stadtrat beantragt, die künstliche Besamung der Rinder auch in der KG Merzenstein einzuführen und den Landwirten einen Zuschuß im Sinne des GR-Beschlusses vom 14. Dezember 1990 rückwirkend ab 1. Juni 1992 zu gewähren.

Einstimmig beschlossen.

✓ 19. Verkauf des alten Wasserwerkes Zwettl-Schleifgraben an die Brauerei Zwettl (Zl. 8100) ✓

Am
Mit der Brauerei Zwettl laufen seit längerer Zeit Verhandlungen, um den seinerzeitigen Wassernutzungsvertrag aus dem Jahr 1968, der sich für die Gemeinde in den letzten Jahren als sehr ungünstig erwiesen hat, zu beenden. Eine Einigung scheint nun zu folgenden Bedingungen möglich:

- a) Die Brauerei Zwettl kauft das alte Wasserwerk im Schleifgraben um den symbolischen Kaufpreis von S 1,-- und verzichtet dafür auf die noch offene Forderung aus dem Titel der Vorfinanzierung der Wasserleitung vom alten Wasserwerk zur Brauerei.
- b) Der Wassernutzungsvertrag aus dem Jahre 1968 wird mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1993 aufgelöst und die Gemeinde kann ab diesem Zeitpunkt sämtliche Wasserlieferungen aus dem städtischen Versorgungsnetz an die Brauerei und Molkerei in Rechnung stellen.
- c) Die Gemeinde sagt aber zu, für diese Wasserlieferungen einen Industrietarif in der Höhe von 70 v.H. der Grundgebühr zu verrechnen, diesen Tarif mind. bis 31. Mai 1998 aufrechtzuerhalten und - sollte dieser Prozentsatz in weiterer Folge wieder erhöht werden - diese Erhöhung für die Brauerei erst mit einer Verzögerung von zwei Jahren wirksam werden zu lassen.
- d) Sollte in Zukunft einmal ein Direktanschluß der Brauerei von einer Transportleitung der NÖSIWAG möglich sein, ist die Gemeinde damit einverstanden, daß die NÖSIWAG die Brauerei direkt beliefert und auch den Wasserpreis direkt verrechnet.
- e) Die Brauerei verpflichtet sich, über Anforderung Wasser aus dem alten Wasserwerk für die Notversorgung der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, wenn die städtische Wasserversorgungsanlage durch plötzliche Gebrechen, Elementarereignisse oder kriminelle Handlungen ausgelöste Ereignisse ausfallen sollte.
- f) Da der seinerzeitige Vertrag auch mit der Raiffeisen-Molkerei Zwettl abgeschlossen wurde, verpflichtet sich die Brauerei, die Molkerei bis 31. Mai 1998 auf ihre Kosten mit Wasser zu beliefern und die Gemeinde diesbezüglich schad- und klaglos zu halten, wobei diese Verpflichtung für eine Höchstmenge von 100 m³/Tag gilt.
- g) Der Gemeinde wird ein grundbücherlich einzuverleibendes Vorkaufsrecht eingeräumt.
- h) Weiters wird der Gemeinde ein grundbücherlich einzuverleibendes Wiederkaufsrecht für den Fall eingeräumt, daß die Brauerei oder deren Rechtsnachfolger eine Reduktion der Bierproduktion in Zwettl, bezogen auf das Jahr 1992, zugunsten einer anderen Produktionsstätte oder eines zur Firmengruppe der Brauerei Zwettl gehörenden Unternehmens um mehr als 50 % vornimmt.

Der Entwurf eines Kaufvertrages wurde den Fraktionen übermittelt.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung des Vertrages mit der Maßgabe, daß seitens der Brauerei Zwettl zusätzlich eine Verzichtserklärung über die noch offene Forderung aus dem Titel der Vorfinanzierung der Wasserleitung vom alten Wasserwerk zur Brauerei abgegeben wird.

GR Dr. Johann Berger spricht sich gegen den Verkauf des alten Wasserwerkes aus und begründet dies damit, daß die Trinkwassersituation in Zukunft immer schwieriger werden wird und Trinkwasser immer kostbarer sein wird; man sollte daher ein Wasserwerk, das derzeit noch Trinkwasser liefert, nicht verkaufen. Es könnte auch einmal der Fall sein, daß man es als Nutzwasserwerk verwenden könnte; es müßte auch andere Möglichkeiten geben, die Interessen der Brauerei wahrzunehmen, wie z.B. befristete Pachtverträge.

Der Bürgermeister stellt hiezu fest, daß von der Größenordnung der benötigten Wassermengen her eine künftige Versorgung vom alten Wasserwerk her kaum in Frage kommt; das alte Wasserwerk liefert nach der derzeitigen Trockenperiode ca. 50 m³/Tag, in niederschlagsreicheren Zeiten 300 bis 400 m³; dem gegenüber steht ein Verbrauch der Stadt Zwettl von ca. 1600 bis 1800 m³/Tag, in Spitzenzeiten bis zu 2800 m³. Das vom alten Wasserwerk an die Brauerei gelieferte Wasser braucht nicht dem öffentlichen Netz entnommen zu werden und es wird dadurch weniger Trinkwasser von der NÖSIWAG gebraucht. Weiters ist auf die hohe finanzielle Belastung aus dem bisherigen Wassernutzungsvertrag zu verweisen, demzufolge die Gemeinde bis zum Jahr 1998 den nicht durch das alte Wasserwerk gedeckten Bedarf kostenlos aus ihrem Versorgungsnetz abzudecken hat, was eine hohe Belastung bedeutet und für jeden einzelnen Bürger Auswirkungen über den Wasserpreis hat.

Über Anfrage von GR Ferdinand Steiner berichtet der Bürgermeister, daß die Brauerei in den letzten Tagen auch um Vermietung des ehemaligen städtischen Wasserwerkes im Kamptal ersucht und sich dahingehend geäußert hat, daß der Kauf des alten Wasserwerkes nur dann realisiert werde, wenn auch dieses Ersuchen von der Gemeinde positiv erledigt wird. Da das Ansuchen erst in den letzten Tagen eingelangt ist, kann es mangels Vorberatung noch nicht in der heutigen Sitzung behandelt werden. Auch muß noch mit dem Grundeigentümer Bank und Sparkassen AG Waldviertel Mitte Rücksprache gehalten werden.

Über Anfrage von GR Dr. Johann Berger stellt der Bürgermeister fest, daß die Gemeinde bei einem Verkauf keinen Einfluß mehr hat, ob das Gebäude erhalten wird oder nicht.

Nach weiterer kurzer Debatte und einer über Ersuchen von GR Dr. Johann Berger erfolgten Sitzungsunterbrechung auf die Dauer von fünf Minuten wird der Antrag des Stadtrates mit

2 Gegenstimmen genehmigt.

✓ 20. Grundankauf in Oberstrahlbach (Zl. 840-1)

Für die Ortsraumgestaltung im Rahmen der Dorferneuerungsaktion in Oberstrahlbach sollen Grundstücke angekauft werden, u.zw.

von den Ehegatten Anton und Hermine GRÜNSTÄUDL, Oberstrahlbach 18,

ein Teil des Grundstückes Nr. 4175/1 der EZ 11 im Ausmaß von 212 m² und

von den Ehegatten Franz und Maria MINIHOLD, Oberstrahlbach 49,

das Grundstück Nr. 4173 der EZ 48 im Ausmaß von 860 m².

Der Kaufpreis für beide Grundflächen beträgt S 100,--/m², sohin insgesamt S 107 200,--.

Alle mit dem Kauf und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten hätte die Gemeinde zu tragen.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

✓ 21. KG Mitterreith, Herstellung eines Wasseranschlusses (Zl. 8101)

In Mitterreith wurde auf Parz.Nr. 489/2 mit Baugenehmigung der Stadtgemeinde Zwettl von den Ehegatten Sonja und Robert WEISSENSTEINER ein Einfamilienhaus errichtet.

Nach Erhebungen der techn. Bauabteilung konnte eruiert werden, daß an der gegenständlichen Örtlichkeit die Errichtung mehrerer Einfamilienhäuser möglich ist. Für die notwendige Wasserversorgung ist es daher sinnvoll, eine Hauptleitung auf ca. 55 lfm zu verlegen.

Die Kosten für Material und Grabungsarbeiten betragen laut Kostenschätzung der techn. Bauabteilung S 103 948,-- exkl. USt.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung mit der Maßgabe, daß im nächsten Nachtragsvoranschlag die Mittel hierfür vorgesehen werden können.

Einstimmig genehmigt.

✓ 22. Ziviltechnikerbüro Dr. Lengyel, Abschluß eines Rahmenwerkvertrages (Zl. 8110-0)

Das Zivilingenieurbüro Dr. Lengyel, 1030 Wien, Fasangasse 25, mit dem die Gemeinde in den letzten Jahren sämtliche Kanalbauvorhaben abgewickelt hat, hat der Gemeinde einen Rahmenwerkvertrag angeboten, der für zehn Jahre gelten soll und von geschätzten Baukosten in diesem Zeitraum von S 50 Millionen ausgeht. Daraus ergibt sich für die Gemeinde der Vorteil, daß auch für kleinere Bauvorhaben die für Großvorhaben geltenden günstigeren Gebührensätze der Gebührenordnung für Architekten gelten und überdies nicht für jedes einzelnen Bauvorhaben ein gesonderter Werkvertrag abgeschlossen werden muß, wobei dies für den tatsächlichen Umfang der durchzuführenden Arbeiten unverbindlich ist.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung des Vertragsentwurfes samt Begleitschreiben des Büro Dr. Lengyel vom 5. August 1992.

Der Bürgermeister stellt den Zusatzantrag, den Rahmenwerkvertrag mit der Maßgabe zu genehmigen, daß eine Kündigungsklausel vorgesehen wird, die die Gemeinde berechtigt, den Vertrag jederzeit und ohne Angabe von Gründen aufzulösen.

Der Antrag des Stadtrates mit dem Zusatzantrag des Bürgermeisters wird sohin

einstimmig genehmigt.

23. Johann und Eva-Maria Murth, Niederglobnitz 6; Ansuchen um Grundkauf (Zl. 840-3)

Die Ehegatten Johann und Eva-Maria Murth, Niederglobnitz 6, ersuchen um käufliche Überlassung eines an ihr Grundstück in Niederglobnitz angrenzenden Teiles des gemeindeeigenen Grundstückes Nr. 3 der EZ 15 der KG Niederglobnitz im Ausmaß von 190 m² und begründen dies damit, daß sie diesen Grundstücksteil für die Viehhaltung nutzen möchten.

In der Ortsbevölkerung von Niederglobnitz bestehen große Widerstände gegen diesen Grundverkauf und es wird argumentiert, daß der Gemeindegrund für öffentliche Zwecke erhalten bleiben sollte. Über Einladung des Bürgermeisters erfolgte eine Aussprache mit den Ortsbewohnern, bei der sich zwei Drittel der Anwesenden gegen einen Grundverkauf aussprachen.

Der Stadtrat beantragt daher, das Kaufansuchen abzulehnen.

Einstimmig beschlossen.

24. Franz und Maria Hölzl, Zwettl, Franz Josef-Straße 13; Löschung eines Wiederkaufsrechtes zugunsten der Gemeinde (Zl. 841)

Auf der Liegenschaft der Ehegatten Franz und Maria Hölzl, Zwettl, Franz Josef-Straße 13, ist in der EZ 1019 des Grundbuches der KG Zwettl Stadt ein Wiederkaufsrecht zugunsten der Stadtgemeinde Zwettl-NÖ grundbücherlich einverleibt.

Es handelt sich dabei um eine Eintragung aus dem Jahre 1949, als das Grundstück Parz.Nr. 1083/18 der KG Zwettl Stadt mit Kaufvertrag vom 12. April 1949 von der Gemeinde an die Ehegatten Hölzl verkauft wurde.

Da auf diesem Grundstück schon längst ein Wohnhaus errichtet wurde, beantragt der Stadtrat die Genehmigung der Löschung des gegenstandslosen Wiederkaufsrechtes.

Einstimmig genehmigt.

25. Umbau des Hauses Schulgasse 2; Planungsvergabe (Zl. 846)

Im Zuge der Schaffung von Parkplätzen in der Gartenstraße soll zwecks Herstellung einer kurzen Verbindung zum Stadtzentrum durch das gemeindeeigene Haus Schulgasse Nr. 2 ein Aufgang in Form einer Fußgängerpassage errichtet werden, wobei es zweckmäßig ist, dieses Vorhaben mit der Parkdeckplanung zu koordinieren.

Der Stadtrat beantragt daher die Genehmigung, den Planer des Parkdecks Arch. Dipl.-Ing. Georg Thurn-Valsassina mit der Planung des Fußgängeraufganges und der Bauarbeiten im Haus Schulgasse 2 zu beauftragen.

Das Architektenhonorar beträgt bei geschätzten Baukosten von S 9,5 Millionen und einem Ausbaueverhältnis 70:100 gemäß der Gebührenordnung für Architekten S 1 331 860,-- inkl.USt. und Nebenkosten, wobei die Architektenleistung für den geplanten Aufgang zum Höllrigl-Haus kostenlos erfolgt.

Einstimmig genehmigt.

26. Gemeindewohnung im Haus Brühlgasse 5; Mietvertrag mit den Ehegatten Vieh (Zl. 846)

Frau Maria Vieh, Zwettl, Brühlgasse 5, war bis Ende Juli 1992 als Hausbesorgerin für die Gemeindehäuser Brühlgasse 5 und 7 beschäftigt und hatte aufgrund dieser Tätigkeit eine Dienstwohnung in der Mansarde des Hauses Brühlgasse 5.

Aufgrund der Pflegebedürftigkeit ihrer Mutter und des Gesundheitszustandes ihres Ehemannes nach einem Herzinfarkt kündigte Frau Vieh ihre Tätigkeit als Hausbesorgerin.

Bei einer stattgefundenen Mieterbesprechung wurde mit den Mietern beider Häuser vereinbart, daß die Hausbesorgerarbeiten für das Haus Brühlgasse 5 weiterhin von Frau Vieh und für das Haus Brühlgasse 7 von Frau Höbart, wohnhaft in diesem Gemeindehaus, verrichtet werden.

Da Frau Vieh und Frau Höbart für diese Tätigkeit ein Pauschalentgelt bekommen und nicht nach dem NÖ Hausbesorgergesetz entlohnt werden, steht Frau Vieh ab 1. August 1992 keine Dienstwohnung mehr zu.

Die Ehegatten Vieh ersuchen daher, ihnen ihre bisherige Dienstwohnung zu vermieten.

./.

Die Mansardenwohnung im Gemeindehaus Brühlgasse 5 wäre ab 1. August 1992 nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes als Wohnung der Kategorie C zu vermieten.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung.

Einstimmig genehmigt.

✓ **27. Gemeindehaus Jagenbach 16; Vergabe von Elektroinstallationsarbeiten (Zl. 846)** ✓

federn MK Das Gemeindehaus in Jagenbach 16 wird zur Zeit in Teilbereichen mittels Ölfeuerungs-Heizanlage beheizt. Im Bereich der WC-Anlage kam es durch gefrierendes Wasser wiederholt zu Gebrechen. Aus diesen Gründen soll im Amtsräum (Mutterberatung) inkl. WC, Vorraum und Windfang sowie im Bereich der Raiffeisenbank eine Elektroheizung installiert und im gesamten Gebäudebereich die veraltete Elektroinstallation erneuert werden.

Für die ebenfalls im Gemeindehaus Jagenbach 16 etablierte Filiale der Raiffeisenbank Jagenbach übernimmt die Stadtgemeinde Zwettl die Beauftragung der in ihrem Bereich anfallenden Arbeiten; die Kosten werden von der Raiffeisenbank getragen.

Die auszuführenden Arbeiten wurden ausgeschrieben und die Firmen Ing. Mengl, Ing. Lux und Raiffeisen-Lagerhaus Zwettl zur Anbotlegung eingeladen.

Der Stadtrat beantragt die Vergabe an den Bestbieter.

Als Bestbieter hat sich die Fa. Ing. Ewald Mengl Ges.m.b.H., Zwettl, mit einer Anbotsumme von S 208 803,60 inkl. USt. erwiesen. Von den Kosten entfallen S 25 000,-- auf die Raiffeisenbank Zwettl und der Rest auf die Gemeinde.

Einstimmig beschlossen.

✓ **28. Luftgütemessungen in der Gerungser Straße (Zl. 120-201)** ✓

Am Aufgrund der versuchsweise eingeführten Einbahnregelung in der unteren Landstraße in Zwettl fühlen sich die Bewohner der Gerungser Straße flussabwärts der Wichtlbrücke durch das höhere Verkehrsaufkommen in diesem Straßenstück erheblich beeinträchtigt und im Zuge der Diskussionen hierüber wurde angeregt, Luftgütemessungen durchzuführen, um die Abgasbelastung objektiv feststellen zu können. Es wurde von der NÖ Umweltschutzanstalt ein Offert eingeholt, demzufolge sich die Kosten einer Messung für einen Zeitraum von 3 Monaten auf S 129 000,-- zuzügl. USt. belaufen. Gemessen werden die Windrichtung, die Windgeschwindigkeit, Schwefeldioxyd, Stickstoffmonoxyd, Stickstoffdioxyd, Staub, Kohlenmonoxyd und Kohlenwasserstoffe.

Da diese Luftgütemessung als Feststellung des derzeitigen Iststandes Vergleichsmaßstab und wertvolle Grundlage für künftige Entwicklungen sein können, beantragt Frau Vbgm. Judith Hofbaur die Genehmigung.

GR Dr. Johann Berger hält die neue Einbahnregelung für problematisch, weil das Verkehrsaufkommen in einigen Straßenstellen verdoppelt wird und weil durch die Einbahnregelung für die von der Gerungser Straße kommenden Verkehrsteilnehmer ein Umweg von ca. 1,5 km in Kauf genommen werden muß.

Vbgm. Judith Hofbaur berichtet hierzu, daß man sich die Entscheidung, ob die Regelung beibehalten wird, nicht einfach macht; es wurden die Ampelphasen auf der Syrnauer Kreuzung neu abgestimmt, um einen bestmöglichen Verkehrsfluß zu erreichen, die Straßenmeisterei hat viele Einzelmaßnahmen gesetzt, es wurden Verkehrszählungen durchgeführt und vor wenigen Tagen an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet Meßplatten eingesetzt und es sollen nun auch die Abgase gemessen werden. Sodann wird es, wie vom Bürgermeister versprochen, ein weiteres Gespräch mit den Bewohnern der Gerungser Straße geben.

Der Bürgermeister betont ebenfalls die Notwendigkeit der Messungen, um objektiv feststellen zu können, wie groß die Belästigungen durch Lärm und Abgase in den verschiedenen Stadtteilen tatsächlich sind.

Der Dringlichkeitsantrag wird somit

einstimmig genehmigt.

NICHTÖFFENTLICHER TEIL DER SITZUNG

Der Bürgermeister beantragt den Ausschluß der Öffentlichkeit

Einstimmig genehmigt.

Der folgende Teil der Sitzung ist nichtöffentlich und es wird hierüber ein eigenes Sitzungsprotokoll geführt.